INTERVIEW VON **CORINNE M. FLICK**

Müssen wir Freiheit aufgeben, um frei zu sein?

Die Gründerin der Convoco-Stiftung spricht regelmäßig mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Diese Woche mit dem Verfassungsrechtler **Udo Di Fabio** über Grundrechte in Zeiten der Pandemie

Die Corona-Pandemie greift umfassender in unsere Freiheitsrechte ein als je eine Krise zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Bekämpfung des neuartigen Coronavirus verändert nicht nur unsere Verhältnisse im Innern durch weitreichende Beschränkungen, sondern auch die Beziehung von Staaten zueinander. Das war Anlass für Corinne M. Flick zu einem Podcast-Gespräch mit dem ehemaligen Richter am Bundesverfassungsgericht, Udo Di Fabio, das wir hier in Auszügen wiedergeben:

Was bedeutet Freiheit heute auf Ebene des Nationalstaats?

In dieser Frage klingt die Sorge an, dass der Nationalstaat vielleicht nicht mehr der maßgebliche Raum für die Gewährleistung und Entfaltung von Freiheit ist. Wir haben alle ein transnationales Bewusstsein und wissen, dass es eine grenzüberschreitende Mobilität gibt. Man fragt sich, ob der Nationalstaat ein überholtes Gehäuse ist. Entspricht er nicht Leitbildern des 19. Jahrhunderts? Bedeutet der Staat heute nicht eher eine Einschränkung des individuellen Bewegungsraums? Wir erleben ja gerade in der Pandemie, dass die Nationalstaaten wieder Grenzen errichten, mit harten Verordnungen operieren und damit Freiheiten einschränken. Ich glaube, der Nationalstaat ist nicht historisch überholt, er muss nur modern gedacht werden. Der Nationalstaat sichert mit seinem Gewaltmonopol, seiner parlamentarischen Demokratie, seinen rechtsstaatlichen Strukturen und der sozialen Marktwirtschaft für uns immer noch den persönlichen Entfaltungsraum.

Was bedeutet es, den Nationalstaat neu zu denken?

Das Bundesverfassungsgericht hat versucht, in seinen Entscheidungen, etwa zur europäischen Integration, die Ambivalenz deutlich zu machen, die in der Vorstellung eines offenen und integrationsbereiten Staates liegt. Der Staat braucht Grenzen und klare Statusverhältnisse, aber er wirkt zugleich für eine offene, vernünftige und faire Welt. Wenn man die Präambel des Grundgesetzes liest, dann sieht man eine Verfassung, die keine alte, machtstaatliche Souveränität anstrebt, sondern es geht um eine Souveränität, die dem Frieden und der europäischen Einheit zugewandt ist. Diejenigen, die sagen, Nationalstaaten seien eine überholte Kategorie, liegen falsch. Wenn mir seit 30 Jahren gesagt wird, die großen Probleme der Welt können die Nationalstaaten alleine nicht lösen, dann sage ich: „Ja, das ist richtig. Alleine können sie sie nicht lösen. Aber keines dieser Probleme kann man ohne funktionsfähige Nationalstaaten lösen." Wir müssen diese Ambivalenz besser verstehen.

Müssen Staaten heute Freiheit aufgeben, um souveräne Entscheider und Teil des globalen Gefüges zu sein?

Der Einfluss der Staaten kann durch die internationale Zusammenarbeit auch steigen. Bindung muss insofern keinen Verlust an Freiheit bedeuten. Ein Land wie Belgien oder Luxemburg wird gegenüber den Digitalkonzernen in den USA nicht viel zu sagen haben. Selbst Länder wie Frankreich, Italien oder Deutschland haben nur genügend Gewicht, um in Randbereichen Bedingungen aushandeln zu können. Deshalb bündeln wir unsere Souveränität, damit wir mit dem europäischen Raum ein stärkeres Gewicht bei solchen Aushandlungsprozessen mitbringen. War das deutsche Kaiserreich vor 1914 wirklich international mächtiger, als es die Mittelmacht Bundesrepublik in ihren internationalen Bezügen heute ist? Ich glaube, dass Macht kein Nullsummenspiel ist. Der Einfluss auf der internationalen Bühne kann mehr Gestaltungsmacht für innere Verhältnisse bedeuten als die Schließung von Grenzen und die Errichtung einer Festung. Aber auch der offene Staat muss handlungsfähig bleiben, um als rechtsstaatliche und soziale Demokratie zu funktionieren. Wenn ein Übermaß an komplizierten Bindungen die praktische Handlungsfähigkeit gefährdet, nimmt die Kritik an der Demokratie zu.

Wie, glauben Sie, wird sich die Corona-Krise auf das Souveränitätsverständnis des Staats auswirken?

Die Corona-Pandemie hat den Blick auf staatliche Entscheidungsmacht enorm befördert. Dem Staat scheinen viele Aufgaben und Rollen neu zuzuwachsen. Er dirigiert stärker die Wirtschaft und die Mobilität. Ich fürchte ein bisschen einen Ausschlag eines Neoetatismus. Da sollten wir vorsichtig sein. Unser liberales und demokratisches Verständnis geht davon aus, dass der Staat immer ein begrenzter Staat bleibt, damit wir, die Bürger, Freiraum haben. Auch der soziale oder ökologische Staat bleibt durch die Grundrechte begrenzt. Das Grundgesetz stellt die grundlegenden Freiheitsrechte ganz bewusst an den Anfang, vor die Verfassung des Staates. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht immer zuerst an den Staat denken und dann erst an unsere eigene Initiative und unsere eigenen Fähigkeiten.

Inwiefern limitiert die Realität lokaler und kultureller Erfahrungsräume eine Ausweitung supranationaler Politik?

Ich bin immer ein Anhänger und Befürworter der europäischen Integration gewesen, aber ich habe dabei die Sorge, dass diejenigen,

CONVOCO! PODCAST

Was ist Convoco?
Die Convoco-Stiftung bietet unterschiedliche Plattformen, die einen freien und interdisziplinären Gedankenaustausch zu gesellschaftlich relevanten Fragen ermöglichen und die Debatte beflügeln: Es gibt Lectures in Berlin und London, eine Konferenz (das Convoco-Forum) in Salzburg. Im Convoco-Podcast spricht Corinne M. Flick, Gründerin und Vorstand der Stiftung, alle zwei Wochen mit wichtigen Vertretern der Gesellschaft. Das aktuelle Gespräch lässt sich hier hören:

die unter Integration nur Zentralisierung und weitere Kompetenzübertragung auf die EU verstehen, eine wichtige Ambivalenz übersehen. Gerade Europa als Kontinent kann man nicht zentralistisch regieren, weil die nationalen Kulturen, die sprachlichen und historischen Räume, starke Prägekräfte sind. Wenn man versucht, übermäßig zu harmonisieren oder mit sozialtechnischen Konzepten Unterschiede zu ignorieren, dann gefährdet man das Integrationsprojekt, weil sich dann Gegenkräfte bilden. Wir brauchen mehr intelligente Integrationskonzepte, die ein größtmögliches Maß an autonomer Gestaltung in den Staaten, aber auch unterhalb der Staaten, also in den Regionen, ermöglichen. Das föderierte Europa wird immer ein Europa der Vielfalt bleiben müssen.

Sehen Sie unsere liberale Welt unter Druck?

Ja, das glaube ich. Der Westen ist stark, manchmal stärker, als wir das wahrnehmen, aber die Dynamik liegt nicht mehr so sehr bei den westlichen Demokratien. Demografisch sind wir alternde Gesellschaften. Wir sind nicht die Wachstumstreiber. Das ist in einem Land wie China noch anders. Demografisch hat auch China ein Problem, aber dort gibt es noch ein paar Hundert Millionen Menschen auf dem Land, die an den ökonomischen Mittelstand noch nicht angeschlossen sind. Die können also noch viel länger das Wachstum treiben. China ist aber keine Demokratie, und es sieht zurzeit leider nicht so aus, als würde es in absehbarer Zeit eine werden. Der Westen hat wieder einen ideologischen Gegenspieler. Der Sozialismus konnte nicht mit der sozialen Marktwirtschaft konkurrieren, das ist bei China heute anders. China hat instrumentell die Marktwirtschaft entfaltet und ein staatskapitalistisches Modell entwickelt, das technologisch, wissenschaftlich und ökonomisch erfolgreich ist. China ist damit vielleicht sogar eine größere systemische Herausforderung als der frühere Ostblock. Wir müssen deshalb nicht in Panik verfallen, Demokratie und Marktwirtschaft sind weiterhin stark. Aber es kommt jetzt darauf an, neue Selbstbehauptungsstrategien zu entwickeln.

Kämpfer für die Freiheit Staatsrechtler Udo Di Fabio, 66, war von 1999 bis 2011 Richter am Bundesverfassungsgericht. Sein Dezernat umfasste vor allem das Völkerrecht, das Europarecht und das Parlamentsrecht

Verlassen wir einmal die staatliche Ebene. Hat die Corona-Krise die gesellschaftliche Schwelle zwischen akzeptabler individueller Freiheitsausübung und der Verletzung des Gemeinwohls verschoben?

Die Corona-Krise hat die Gemeinwohlperspektive stärker gemacht, denn die Kontrolle über das epidemische Geschehen war der dominante Gemeinwohlbelang. Unser verfassungsrechtliches Denken will aber weder eine Dominanz der Gemeinwohlbelange noch eine Dominanz eines rein individualisierten Selbstbestimmungsgedankens. Die Corona-Pandemie hat uns den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung wieder deutlich gemacht. Ich würde mir aber wünschen, dass uns das nicht mit einer Vielzahl von Verordnungen in jedem Bundesland immer wieder vor Augen geführt werden muss, sondern dass wir selbst als urteilsfähige Bürger wieder darüber nachdenken, welche Bindung aus unserer Freiheit folgen sollte.

Was ist gemeinwohlverträgliche Wirtschaftsfreiheit?

Für mich das Konzept der sozialen Marktwirtschaft, wie es Ludwig Erhard und die Ordoliberalen der fünfziger Jahre vorgedacht haben. Es ist ein starkes Konzept zu sagen, dass der Staat einen Ordnungsrahmen schaffen muss, der die Bildung von Monopolen und Oligopolen möglichst verhindert. Ein Ordnungsrahmen, der so angelegt ist, dass möglichst alle Menschen eines Landes in die Mitte der produktiven Gesellschaft rücken können. Die soziale Marktwirtschaft will keine riesigen Transferleistungen, sondern sie will die Aktivierung der Menschen, damit sie sich unter fairen Bedingungen in einer Wirtschaftsordnung entfalten können. Die Herstellung dieser fairen Bedingungen, die wir beispielsweise Richtung Digitalmarkt seit einiger Zeit kritisch diskutieren, ist die Aufgabe der sozialen Marktwirtschaft. Deshalb ist dieses Modell nicht verblasst, sondern es muss wieder neu in die Zeit gestellt werden. Das gilt auch für den Klimaschutz und andere große Themen. Nach den normativen Rollenmodellen der sozialen Marktwirtschaft dürfen wir Menschen nicht wie kleine Kinder bevormunden, sondern wir müssen sie als mündige Verbraucher ansprechen und erreichen.

Wie viel Freiheit müssen wir aufgeben, um frei zu sein?

Man sollte gar keine Freiheit aufgeben, um frei zu sein. Man sollte die Fähigkeit besitzen, sich aus freien Stücken zu binden. Wer in eine Ehe eintritt, der gibt nur nach Auffassung des Junggesellenabschieds seine Freiheit auf. Aber man würde doch nicht heiraten, wenn man ernsthaft meinen würde, dass man seine Freiheit aufgibt. Stattdessen lebt man Freiheit gemeinsam. Das ist die Verwandlung von Freiheit zu etwas Neuem. Jeder Vertrag, jede Freundschaft, jede soziale Beziehung kann als Einschränkung der Freiheit betrachtet werden, aber mit viel mehr Recht als die Ausübung des Freiseins. Freiheit setzt Selbstbewusstsein und Bindungsfähigkeit voraus.

Wie wird sich unsere Gesellschaft durch die Krise verändern? Was ist Ihre größte Befürchtung? Was ist Ihre größte Hoffnung?

Eine Befürchtung wäre, dass sich gerade in den westlichen Gesellschaften eine schon deutlich sichtbare Spaltung fortsetzt, die in einer wertrational begründeten Abneigung von Gruppen gegeneinander liegt, bis hin zum Hass. Eine andere Sorge ist, dass ein überzogenes Staatsvertrauen die liberalen Wachstumskräfte unserer Gesellschaft schwächen könnte und damit Demokratien mittel- bis langfristig destabilisiert, dass irgendwann das demokratische Modell selbst hinterfragt und attackiert wird. Meine größte Hoffnung ist die Rückkehr zu einer Sachlichkeit im politischen Prozess. Ich hoffe auch auf eine Rückkehr der Stärke und des Selbstvertrauens unserer demokratischen Gesellschaften und sozialen Marktwirtschaften. Ich glaube, dafür gibt es viele Anzeichen. Wir Menschen wollen keine Untertanen sein. Wir wollen auf eigene Rechnung denken und handeln. Deshalb ist die liberale Demokratie nicht irgendeine Herrschaftsform, sondern die, die unserem Menschsein in ganz besonderer Weise entspricht. ■

Foto: Matthias Jung/laif